

---

**2212/J-BR/2004**

---

**Eingelangt am 08.07.2004**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

der Bundesräte Schimböck  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie  
betreffend den beabsichtigten Postbusverkauf

Der von der Bundesregierung initiierte Postbusverkauf lässt befürchten, dass die Versorgungssicherheit im öffentlichen Verkehrsbereich für viele oberösterreichische Gemeinden nicht mehr gegeben ist. Dies hätte vor allem für ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen, Schülerinnen und Schüler sowie für den Pendlerverkehr - und damit für die gesamte regionale Wirtschaft - fatale Folgen. Den Postbuslinien kommt in vielen Bereichen auch für die Tourismuswirtschaft große Bedeutung zu. Der Postbusverkauf ist aufgrund der gewinnbringenden Führung von derzeit etwa zwei Drittel der oberösterreichischen Linien auch aus wirtschaftlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Wie im Bereich der Linien, die einen finanziellen Abgang aufweisen - etwa ein Drittel - durch Private die Versorgungssicherheit gewährleistet werden soll, ist gleichfalls nicht erklärbar. Zuschüsse des Landes und der betroffenen Gemeinden für den öffentlichen Verkehr sind bereits jetzt aufgrund der angespannten finanziellen Situation des Landeshaushaltes und der Gemeindehaushalte kaum möglich.

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

### **Anfrage:**

1. Welche Auswirkungen hat der Postbusverkauf auf die Versorgungssicherheit im öffentlichen Verkehr?
2. Welche Auswirkungen sind insbesondere für die Tourismuswirtschaft zu erwarten?
3. Welche Linien weisen derzeit in Oberösterreich einen finanziellen Abgang auf?
4. In welchen oberösterreichischen Gemeinden haben diese Linien Haltestellen?
5. Wie kann der weitere Betrieb dieser Linien garantiert werden, ohne dass es zu einer weiteren Belastung des Landes und der Gemeinden kommt?